

EKvW online vom 30.10.13

Flüchtlinge haben Rechte!

Asylpolitisches Forum 2013 in der Evangelischen Akademie Villigst



Bild: EKvW/Ev. Akademie Villigst

SCHWERTE - Wie steht es in Deutschland und Europa um den grund- und menschenrechtlichen Schutz von Flüchtlingen? Flüchtlinge haben unveräußerliche Rechte – welche Forderungen sind an die neue Bundesregierung zu stellen, um diese zu schützen oder wiederherzustellen? Dieser Frage geht das Asylpolitische Forum 2013 vom 6. bis zum 8.12. 2013 in der Evangelischen Akademie Villigst bei Schwerte nach.

Vor 20 Jahren, am 26. Mai 1993, wurde in Deutschland das Grundrecht „Politisch Verfolgte genießen Asyl“ (Grundgesetz Artikel 16 Absatz 2 Satz 2) massiv eingeschränkt. In der Folge hat der Flüchtlingsschutz in Deutschland nicht nur seine Selbstverständlichkeit verloren, sondern die auf Abschreckungspolitik basierenden Lebensbedingungen für Asylsuchende und Geduldete wurden durch Arbeitsverbote, Wohnsitzauflagen, Lagerunterbringung, Verweigerung von Familienzusammenführung und andere Einschränkungen derart manifestiert, dass Flüchtlingsorganisationen von einer schleichenden Dehumanisierung des Flüchtlingsschutzes sprechen.

Exemplarischer Ausdruck dieser Entwicklung ist das Asylbewerberleistungsgesetz, das vom Bundesverfassungsgericht in Teilen außer Kraft gesetzt wurde, und zwar mit der fundamentalen Begründung: „Die Menschenwürde ist migrationspolitisch nicht zu relativieren“.

Das Asylpolitische Forum 2013 sucht den Dialog zwischen Politik, Verwaltung und Flüchtlingsorganisationen, um konkrete Schritte zur Wiederherstellung des Grundrechtsschutzes für Flüchtlinge zu diskutieren und anzubahnen. Dabei werden die Handlungsebenen EU, Bund, Land und Kommune differenziert betrachtet.

Zugleich ist die Tagung ein Forum des Austausches und der Vernetzung von Akteurinnen und Akteuren der Flüchtlingshilfe zur Stärkung des Engagements vor Ort.

Auf dem Programm stehen u. a. ein Expertengespräch mit Guntram Schneider (SPD, Minister für Integration, Arbeit und Soziales des Landes NRW) zu den Auswirkungen des Urteils des Bundesverfassungsgerichts über das Asylbewerberleistungsgesetz, mehrere AGs und ein Abschlusspodium mit Vertretern aus Politik und Flüchtlingsarbeit.

[Programm](#) (PDF)